

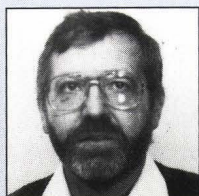
## Individualisierung und Binnendifferenzierung: eine Perspektive für das duale System?

### Saskia Keune



*Diplompädagogin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung 3.2 „Naturwissenschaftliche Berufe, Umweltschutz, Behinderte“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin*

### Dietmar Zielke



*Diplomhandelslehrer, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung 2.1 „Lehr- und Lernprozesse in der Berufsausbildung“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin*

**Der Beitrag wurde durch Forschungsergebnisse aus dem Bereich der beruflichen Bildung behinderter und benachteiligter Jugendlicher angeregt. Aus der sich seit Jahren abzeichnenden Polarisierung des Schulbildungsniveaus der Auszubildenden sollen für die duale Berufsausbildung Schlußfolgerungen gezogen werden. Das bestehende System müßte so flexibel gestaltet werden, daß den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Auszubildenden und den veränderten Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft durch Individualisierung und Binnendifferenzierung Rechnung getragen werden kann, ohne daß dafür zusätzliche Bildungsgänge etabliert werden müßten.**

### Einführung

Die Diskussion um die berufliche Bildung bewegt sich seit Jahren zwischen dem Erhalt von einheitlichen Qualifikationsstandards und dem Wunsch nach einer stärker adressatenspezifischen Differenzierung der Ausbildung. Das Bedürfnis nach Vereinheitlichung der Ausbildungsinhalte hat seine historischen Wurzeln bereits im Mittelalter. Berufsrechtliche Regelungen wurden damals von einzelnen Berufsständen, den Zünften und Gilden, entwickelt und gaben der betrieblichen Lehre einen Rahmen. Der Niedergang der Zünfte im 18. Jahrhundert und die mit der Indu-

strialisierung einhergehende Einführung der Gewerbefreiheit im 19. Jahrhundert hob diese Vorschriften weitgehend auf. In der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 heißt es, daß jeder als Lehrling zu betrachten sei, der bei einem Lehrherrn zur Anlernung eines Gewerbes in Arbeit tritt. Es ist also in erster Linie von Arbeit die Rede, nicht von Ausbildung im Sinne einer systematischen Vermittlung von Fachinhalten.

Diese Gewerbeordnung wurde 1871 vom Deutschen Reich übernommen. Von der „Freiheit“ dieser Gewerbeordnung mit all ihren Nachteilen für die Jugendlichen bis zur gegenwärtigen Berufsausbildung, deren Inhalt nicht Arbeit, sondern systematische Ausbildung ist<sup>1</sup> — strukturiert durch Ausbildungsberufsbilder, Ausbildungsrahmenpläne, Prüfungsanforderungen und die Rahmenlehrpläne der Berufsschule — war es ein weiter Weg.

Wie stark das Bedürfnis nach einer Systematisierung der Ausbildung schon um die Jahrhundertwende wurde, zeigt, daß die Industrie bereits 1908 den „Deutschen Ausschuß für das Technische Schulwesen“ ins Leben rief, der in der Folgezeit Ordnungsmittel für die Regelung der Berufsausbildung in Lehr- und Anlernberufen entwickelte.<sup>2</sup> Die Entwicklung zeigt, daß nach einer gewissen Phase der Auflösung von Strukturen — entsprechend der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen — neue Ordnungsprinzipien in der beruflichen Bildung gefunden und die Berufsausbildung zunehmend systematisiert wurde. Es hat allerdings den



Anschein, daß dieser Rahmen für unsere heutige Zeit an manchen Stellen zu eng geworden ist. Vereinzelt werden sogar Stimmen laut, die behaupten, das duale System der Berufsausbildung habe seine Zukunft längst hinter sich und wir würden uns dessen „Verfalldatum“ nähern.<sup>3</sup>

## Sich wandelnde Bedingungen und Reformtendenzen in der Berufsausbildung

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Veränderungsaspekte des dualen Systems ist es von besonderem Interesse, daß es sich um den einzigen Bildungsbereich in der Sekundarstufe II handelt, in dem keine formalen Eingangsvoraussetzungen vorgeschrieben werden. Es bietet damit grundsätzlich allen Jugendlichen die Chance, in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet zu werden.

Tatsächlich hat sich aber unter den Ausbildungsberufen eine Hierarchie nach dem Schulbildungsniveau der Auszubildenden herausgebildet<sup>4</sup>, so daß schon von daher die Freiheit der Berufswahl, besonders der Jugendlichen mit schwachen Schulabschlüssen, stark eingeschränkt ist.<sup>5</sup>

Die Arbeitsvorgänge sind in den vergangenen Jahren komplexer und durch erhöhte Automation wie den Einsatz der EDV weniger anschaulich geworden. Auch der Trend zu höheren Schulabschlüssen bei den Jugendlichen, die wachsende Heterogenität der Auszubildenden, veränderte Erziehungsstile, und der vielfach diskutierte Wertewandel der jungen Generation erfordern neue inhaltliche, organisatorische und didaktische Konzepte für die berufliche Erstausbildung.

Eine Umfrage des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Universität Dortmund bei den Kultusministerien der alten Bundesländer ergab, daß in den siebenten

Klassen der Gymnasien etwas mehr Schüler registriert wurden als an den Hauptschulen. Es wird festgestellt, daß seit der Einführung von Schulstatistiken vor fast 40 Jahren ein kontinuierlicher und nach Ansicht der Schulforscher unumkehrbarer Trend zu höherwertigen Bildungsabschlüssen vorherrscht.<sup>6</sup>

## Traditionelle Schranken der dualen Ausbildung müssen durchbrochen werden!

In den alten Bundesländern führt die Abnahme der Schulabgängerzahlen zu einem Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und damit zu einer verstärkten Konkurrenz der Ausbildungsstätten um Nachwuchskräfte. Kleine und mittlere Betriebe sind davon in besonderem Maße betroffen. Von 1960 bis 1989 ist die Zahl der Auszubildenden von 1 265 900 auf 1 552 500 gestiegen, während bei Vollzeit-Berufsschülern und Studenten eine Steigerung von 536 800 auf 2 086 000 zu verzeichnen ist.<sup>7</sup> Es wird erwartet, daß sich dieser Trend weiter fortsetzen wird.

Es gibt erste Ansätze, sich in der dualen Ausbildung den veränderten Bedingungen zu stellen und traditionelle Schranken zu durchbrechen: So wird z. B. über kaufmännische Zusatzqualifikationen in der handwerklichen Berufsausbildung diskutiert. Auch die Aufgabenerweiterungen in Richtung einer Steigerung des Anteils von Dienstleistungsfunktionen (Kundenwerbung, Marketing, Beratung, Service, DV-Einsatz im Bürobereich) tragen dazu bei, daß nach Lösungen gesucht wird, den Auszubildenden attraktivere Ausbildungsmöglichkeiten zu erschließen.<sup>8</sup>

Umweltbezogene und internationale Qualifikationen („Europakompetenz“, z. B. Sprachen) gewinnen an Bedeutung.<sup>9</sup> Auch die Neuordnung der Metall- und Elektroberufe

und anderer Berufsbereiche sind Beispiele für den sich anbahnenden Umorientierungsprozeß in der Berufsausbildung, der aber noch hinter der Entwicklung zur Höherqualifizierung in vergleichbaren, hochentwickelten Industriestaaten zurückbleibt.<sup>10</sup>

In einer Studie des Prognos-Instituts wird eine größere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Ausbildungswegen gefordert. Das betreffe sowohl Fragen der Bildungszeiten als auch Fragen der Bildungsinhalte.<sup>11</sup>

Der Trend geht zunehmend in Richtung vielseitigerer Kenntnisse und Fertigkeiten und einer Veränderung der Anforderungen auch im kognitiven Bereich. Das kommt den Jugendlichen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen entgegen, stellt die Jugendlichen ohne Schulabschluß aber vor erhebliche Probleme. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, ORTLEB, erklärte deshalb, daß er das duale System stärker am unterschiedlichen Leistungsvermögen und den jeweiligen Begabungen der Jugendlichen ausrichten will: „Wenn die duale Ausbildung unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Jugendlichen gerecht werden will, müssen die Betriebe stärker differenzierte Ausbildungsmöglichkeiten anbieten. Der hierfür notwendige Spielraum sei sowohl im Berufsbildungsgesetz und in der Handwerksordnung als auch in den derzeit bestehenden Ausbildungsordnungen enthalten.“<sup>12</sup>

Die bildungspolitisch zentrale Frage ist u. E. die, von welcher Plattform aus Differenzierungsformen in der beruflichen Erstausbildung eingeführt werden: ob man an dem Grundsatz festhalten wird, wonach Berufsausbildung nur in anerkannten Ausbildungsberufen durchgeführt werden darf. Das würde z. B. für Auszubildende ohne Schulabschluß bedeuten, daß man ihnen — wie es in Modellversuchen und bei vielen Trägern im Benachteiligtenprogramm erfolgreich praktiziert wurde und wird — durch eine personenorientierte, ggf. auch „sozialpädagogisch



orientierte“ Berufsausbildung (Individualisierung der Ausbildung; Beibehaltung bestehender Ausbildungsgänge) den Zugang zu einem anerkannten Ausbildungsberuf eröffnet<sup>13</sup> oder — und das ist die diskutierte Alternative — daß man eigenständige Ausbildungsgänge schafft, wie sie z. B. für Behinderte bestehen (Differenzierung; Schaffung neuer Ausbildungsgänge).<sup>14</sup>

## Individualisierung der Ausbildung oder eigenständige Ausbildungsgänge?

Für Abiturienten gibt es im Ausbildungsbereich Wirtschaft zahlreiche Sonderausbildungsprogramme (z. B. für Handelsassistenten, Wirtschaftsinformatiker).<sup>15</sup> Für diese Zielgruppe könnte man im Anschluß an eine reguläre Berufsausbildung berufsbildende Zusatzangebote auch außerhalb der Hochschulen schaffen (additives Konzept) oder die berufliche Erstausbildung gleich so gestalten, daß sie auf die Eingangsvoraussetzungen dieser Jugendlichen abgestellt ist (integratives Konzept).

Die zweite Alternative bedeutet, wie auch die möglichen Formen einer Anlernausbildung für schulschwache Jugendliche, eine Abkehr vom bisherigen Grundsatz eines einheitlichen Bildungsganges in der Berufsausbildung — unabhängig von den schulischen Voraussetzungen der Auszubildenden.

Auch von Gewerkschaftsseite werden Forderungen nach mehr Flexibilität an das duale Ausbildungssystem gestellt. So forderte der DGB auf seinem 14. Bundeskongreß im Mai 1990 unter dem Gesichtspunkt der stärkeren Integration allgemeiner, beruflicher, sozialer und politischer Bildungselemente die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes.

Das DGB-Bildungswerk Hessen denkt in einem Positionspapier über neue Eckwerte in der Bildungspolitik nach. Es geht hierbei insbesondere um Impulse zu einem neuen Bildungsverständnis in der curricularen und methodischen Gestaltung der Bildungsbereiche: „Die Geschichte lehrt, daß Bildungskämpfe mit Curricula und Methoden gewonnen oder verloren werden. Gesellschaftlicher Strukturwandel erfordert curricularen Strukturwandel. Die wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen drängen auf bildungspolitische Konzepte, die nicht von vornherein an abgegrenzte Fächer und an einen Fächerkanon gebunden sind.“<sup>16</sup> Hier werden Forderungen angesprochen, die darauf zielen, auch in der beruflichen Bildung innovatorische Kräfte als neue gesellschaftspolitische Herausforderung zuzulassen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich die Voraussetzungen für die Gestaltung der dualen Berufsausbildung erheblich verändert haben. Die wesentlichen Komponenten liegen in der strukturellen Veränderung des Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarfs. Weiter ist eine deutliche Polarisierung festzustellen, da sowohl der Anteil der Jugendlichen steigt, der als lernschwach oder lernbehindert bezeichnet wird, als auch der Anteil der Jugendlichen mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen. Daraus folgt, daß die duale Ausbildungspraxis den individuellen Bedürfnissen der unterschiedlichen Personengruppen entgegenkommen müßte, um Ausgrenzungen bei den Jugendlichen ohne Schulabschluß zu vermeiden; und es müßte erreicht werden, daß Berufsausbildung für die schulisch höher Vorqualifizierten eine reale Alternative zum Studium wird.

Die unterschiedlichen Anforderungen an das duale System wie

- das Bedürfnis der Wirtschaft nach hochqualifizierten Arbeitskräften und
- die Anpassung der Berufsausbildung an die steigenden Bildungsvoraussetzungen und -erwartungen der Jugendlichen kommen

auch in der Philosophie der neuen Ausbildungsordnungen zum Ausdruck, in denen explizit die Wahrnehmung von Planungs- und Kontrollarbeiten durch die Auszubildenden gefordert wird. Dies trifft auf Personen, die nach mittleren und höheren Schulabschlüssen als potentielle Auszubildende zunehmend älter werden und von daher als junge Erwachsene — auch eingedenk ihrer Schulerfahrungen (z. B. aus der gymnasialen Oberstufe) — anders anzusprechen sind, als 14- bis 15jährige Lehrlinge früherer Zeit.

Diesen veränderten Rahmenbedingungen müssen sich auch die Berufsschulen stellen. Sie „müssen durch erwachsenengerechten Unterricht der Tatsache Rechnung tragen, daß sie zu Schulen junger Erwachsener geworden sind. Die Ausbildungsbetriebe sind auf ihren Partner Berufsschule angewiesen. Die Kooperation beider Lernorte muß in Zukunft noch enger werden“.<sup>17</sup>

Allgemeine und fachübergreifende Kompetenzen wie Selbständigkeit und Verantwortung im Ausbildungs- und Arbeitszusammenhang sind ebenso wichtig, wie fachbezogene Qualifikationen im engeren Sinn. „Es wird damit gerechnet, daß im Jahre 2010 rd. 35 Prozent aller Arbeitskräfte mit hochqualifizierten Tätigkeiten, vor allem im Bereich sekundärer Dienstleistungen, beschäftigt sind.“<sup>18</sup>

## Lösungsansätze

Die hier skizzierten Entwicklungen und sich daraus ergebende Herausforderungen lassen sich u. E. durch eine stärkere Individualisierung und Binnendifferenzierung der beruflichen Erstausbildung auffangen. Unter Individualisierung verstehen wir eine Ausbildungsgestaltung auf der Basis bestehender Ausbildungsordnungen, in der gezielt auf die individuelle Ausgangslage des einzelnen Auszubildenden oder die Besonderheiten verschiedener Ausbildungsgruppen eingegangen



wird. Differenzierung bedeutet in diesem Zusammenhang zum einen Binnendifferenzierung, womit spezielle Ausbildungsaktivitäten gemeint sind, die zusätzlich zu dem verbindlichen Mindestkanon einer Berufsausbildung (Kernqualifikationen) in anerkannten Ausbildungsberufen durchgeführt werden. Zum anderen wird Differenzierung im Sinne einer Außendifferenzierung gebraucht, die die Schaffung eigenständiger Bildungsgänge bedeuten würde.

Eine notwendige organisatorische Schlußfolgerung aus dieser Hinwendung zu einer flexibleren Gestaltung der Ausbildung besteht — so unsere These — neben einer Ausweitung des Anteils intentionalen Lernens in überbetrieblichen Ausbildungsstätten oder innerbetrieblichen Lehrwerkstätten oder Lernbüros, insbesondere in einer Neustrukturierung der Berufsschule.

Hier müssen Gestaltungsspielräume gefunden werden, um den veränderten Anforderungen der Wirtschaft und den gestiegenen schulischen Voraussetzungen, Erwartungen und Lernerfahrungen der jungen Menschen in geeigneter Weise zu entsprechen. Wir denken nicht, daß derartige Vorstöße schon an der grundgesetzlich verankerten Dualität von betrieblicher und berufsschulischer Ausbildung scheitern müssen.

RADDATZ beklagt, daß aufgrund der Zuständigkeitsverteilung im Grundgesetz das Berufsbildungsgesetz nicht für die berufsbildende Schule gilt, was sich bei der Gestaltung der Ordnung und der Abstimmung von betrieblicher und schulischer Ausbildung nachteilig auswirke. Er hält es für fruchtlos, hierfür Änderungen vorzuschlagen. „Dies muß an den politischen Realitäten scheitern, auch wenn sie noch so wünschenswert sind.“<sup>19</sup> Diese sicher realistische Einschätzung bezieht sich allerdings auf den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes, nicht aber auf die Ausgestaltung der berufsschulischen Seite des dualen Systems.

RADDATZ sieht auch eine Lücke bei den Ordnungselementen: „Der Gesetzgeber ist davon ausgegangen, daß in erster Linie Schulabgänger ausgebildet werden. Mit den darauf abgestellten Ausbildungsordnungen können aber nicht alle Qualifikationsbedürfnisse abgedeckt werden. Es gibt qualifizierte berufliche Tätigkeiten, die ohne eine darauf bezogene Ausbildung nicht ausgeübt werden können, für eine Ausbildung von Schulabgängern jedoch nicht in Frage kommen, weil spezifische Anforderungen gestellt werden, die von diesen (noch) nicht erfüllt werden können, und/oder weil bestimmte Kenntnisse vorhanden sein müssen, die unter Umständen Gegenstand einer anderen Ausbildung sind.“<sup>20</sup>

## **Insbesondere eine Neustrukturierung der Berufsschule wird notwendig**

Diese und weitere Beispiele machen deutlich, daß hinsichtlich einer Individualisierung und Differenzierung der beruflichen Bildung ein aktueller Handlungsbedarf besteht. Auch von der Schulseite wird diese Problematik thematisiert: „Unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren immer stärker feststellbaren unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Berufsschüler ist ein sehr flexibles und differenziertes Bildungsangebot bereitzuhalten, um sowohl hochbegabten als auch lernschwachen Schülern ein Höchstmaß von Erfolgen zu sichern.“<sup>21</sup>

In der Frankfurter Rundschau wurden folgende Ausführungen gemacht: „Aus dem Entwurf des Berufsbildungsberichts 1991 geht hervor, daß auch daran gedacht wird, den Hochschulzugang für Nichtabiturienten mit Facharbeiter- oder Gesellen- beziehungs-

weise Meisterbrief zu ermöglichen. Entsprechende Vorgespräche mit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) sind bereits angelaufen. Im Sommer werden nach Angaben eines Ministeriumssprechers erste Schritte zur Verwirklichung dieser Konzeption vorgestellt. Gedacht werde sowohl an einen Ausbau bestehender Einrichtungen, beispielsweise der Berufsakademien, als auch an eine Erweiterung der Bildungsangebote der Berufsschulen nach dem Modell Nordrhein-Westfalen: Dort ist es, im Zuge des ‚freiwilligen dritten Berufsschultages‘ möglich, ausbildungsbegleitend einen Schulabschluß zu absolvieren. Generell müsse das Bildungsangebot in den Berufsschulen mehr den Begabungen der Jugendlichen entsprechend aufgefächert sein.“<sup>22</sup>

Als Antwort auf diese Entwicklungen stellen wir folgende Überlegungen zur Diskussion:

Berufsschulen, über- und außerbetriebliche Ausbildungsstätten und sonstige Einrichtungen, die berufsbildende Maßnahmen durchführen, schließen sich — bei weiterhin bestehender rechtlicher Selbständigkeit des einzelnen Trägers — zu beruflichen Bildungszentren zusammen, deren gemeinsame Aufgabe es ist, den regionalen Bedarf an beruflichen Bildungsmaßnahmen abzudecken.

In den beruflichen Bildungszentren könnten unter anderem folgende Bildungsgänge vertreten sein:

- Berufsvorbereitung/Berufsorientierung (Ausbildungsvorbereitung)
- Berufsausbildung (Teilzeit- und Vollzeit-ausbildung)
- fachgebundene Hochschulreife.

Zur Deckung dieses Bildungsangebotes wäre im wesentlichen — soweit bestehende Angebote nicht ausreichen — unter Einbeziehung der spezifischen Kompetenz der im beruflichen Bildungszentrum vertretenen Bildungs-



einrichtungen ein differenziertes System von Kursen und Übungen (analog der Praxis in der gymnasialen Oberstufe) einzurichten.

Ein derart strukturiertes Bildungsangebot würde die Antwort auf folgende Herausforderungen sein:

- Anstieg des Bildungsniveaus der Auszubildenden
- Zunahme der Heterogenität der Auszubildenden
- Erhöhte Erwartungen an die Berufsausbildung
- weiterer Anstieg des Durchschnittsalters der Auszubildenden
- Rückwirkung des technischen Wandels auf die Berufsausbildung
- Rückgang der Zahlen der Auszubildenden in den alten Bundesländern
- Anpassung der Ausbildungsbedingungen in der Berufsschule an die der Sekundarstufe I und II und an weiterführende Bildungsgänge (Hochschulen), um die Berufsausbildung zu einem akzeptierten Bildungszweig im gesamten Bildungssystem zu machen.

Die Erwartungen, die in einer stärkeren Individualisierung und Binnendifferenzierung der berufsschulischen Seite gesehen werden, lassen sich wie folgt umreißen:

Der Vorschlag eines auf der Basis von Kursen und Übungen arbeitenden Bildungszentrums

- soll konzeptionelle Brüche in der Berufsausbildung verhindern:  
geforderte Selbständigkeit im Betrieb vs. undifferenzierter Unterricht in der Berufsschule (Dominanz des lehrerzentrierten Unterrichts; fehlende Binnendifferenzierung)
- kann die zunehmend obsolet gewordene Betonung der Schülerrolle der Auszubildenden abbauen helfen
- bietet einen organisatorischen Rahmen für die Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie gegebenenfalls Erwachsenenbildung

- bietet Möglichkeiten, das Bildungsangebot für Auszubildende zu verbreitern (Sprachen, berufsergänzende Qualifikationen, Kunst, Sport)

- bietet der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern eine konzeptionelle Orientierung für ihre Aufbauarbeit und schafft bzw. erhält gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze
- begünstigt die Einbindung des dualen Ausbildungssystems in den europäischen Integrationsprozeß.

Der Vorschlag geht von den gegebenen bildungspolitischen Rahmenbedingungen aus, nämlich der

- Zuständigkeit des Bundes und der Wirtschaft für die betriebliche Ausbildung;
- Zuständigkeit der Länder für den berufsschulischen Teil.

Kern der Ausbildung in den Betrieben und der berufsbildenden Angebote in Berufsschulzentren sind die **Ausbildungsordnungen**, die dann auch Hinweise auf empfehlenswerte berufsergänzende Qualifikationen enthalten könnten.

Ausgehend von dem Gedanken der Individualisierung auch der betrieblichen Ausbildung, würden Ausbildungskonzepte für Leistungsstarke greifen, bestehend aus Kernqualifikationen und Zusatzqualifikationen, und für Lernschwache müßten Ausbildungskonzepte, bestehend aus denselben Kernqualifikationen mit **Stützmaßnahmen** geschaffen werden. In diesem Kontext können auch Weiterbildungskonzepte gesehen werden.

Die Zusatzqualifikationen könnten beispielsweise schon Inhalte der Meisterprüfung vorwegnehmen und so den Abschluß der Meisterprüfung vorzeitig ermöglichen. Diese unterschiedlichen Konzepte gehen einher mit der Weiterentwicklung spezifischer Methoden, Curricula und geeigneter Rahmenbedingungen (z. B. die Möglichkeit von Kleingruppenarbeit), die insbesondere auch die Unterstützung Schwächerer zum Ziel haben.

## Schlußbemerkungen

Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß schulisch organisierte Bildungsformen weiterhin zu Lasten der klassischen dualen Berufsausbildung an Bedeutung gewinnen werden, weil sie für einen zunehmend größer werdenden Kreis der Jugendlichen attraktivere Ausbildungs- und Berufsperspektiven bieten.

Man wird diesen Trend vermutlich nur stoppen können, wenn flächendeckend und an allen Lernorten der Berufsausbildung in weit stärkerem Maße als bislang, Formen der Individualisierung und Binnendifferenzierung eingeführt werden.

## Perspektiven der dualen Ausbildung liegen in Individualisierung und Binnendifferenzierung

Wir sind uns dessen bewußt, daß es nicht zu den einfachsten Vorhaben gehört, Reformen im Bildungswesen zu realisieren. Es kann lange dauern, bis Reformimpulse realisiert werden, und es gibt genügend Beispiele dafür, wie anspruchsvolle Reformkonzepte im Laufe der Zeit ihr Profil verloren haben.

Wir gehen aber davon aus, daß unsere Vorstellungen mit den Interessenlagen vieler Institutionen und gesellschaftlicher Gruppen übereinstimmen:

- die Jugendlichen und deren Eltern, denen es um die Wahrnehmung von Bildungsansprüchen geht
- die Berufsschulen und andere Ausbildungsstätten, die erkannt haben, daß ihre Einrichtungen nur Zukunft haben, wenn sie sich auch in eine weiterführende Perspektive einbringen können



- die Betriebe, die erkannt haben, daß die duale Ausbildung ihre Bedeutung nur dann behalten wird, wenn sie den Bildungserwartungen der Jugendlichen stärker entspricht und wenn sich die Betriebe einbringen können in die künftige Gestaltung eines Berufsbildungsangebotes, das darüber hinaus auch die jeweils vorhandenen Möglichkeiten aller an der Ausbildung beteiligten Einrichtungen berücksichtigt.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Benner, H.: *Ordnung der staatlich anerkannten Ausbildungsberufe. Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 48.* Bundesinstitut für Berufsbildung. Berlin 1982

<sup>2</sup> Adler, T.: *Berufsrechtliche Entwicklung.* In: *Deutsches Institut für Fernstudien. Arbeit und Ausbildung.* Universität Tübingen 1984, (Studienbrief 4), S. 29ff.

<sup>3</sup> Geißler, Kh. A.: *Perspektiven der Weiterentwicklung des Systems der dualen Berufsausbildung in der Bundesrepublik.* In: *Bundesinstitut für Berufsbildung, Der Generalsekretär (Hrsg.): Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich.* Berlin/Bonn 1991, S. 102

<sup>4</sup> Stegmann, H.: *Die Facharbeiterausbildung.* In: *Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1983, Heft 9*

<sup>5</sup> Althoff, H.: *Ausbildungsabbrecher — Ihre Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit.* In: *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 85. Jg. (1989), Heft 7, S. 612—619*

<sup>6</sup> *Stuttgarter Zeitung Nr. 144 vom 25. 6. 1991*

<sup>7</sup> *Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten, Ausgabe 1990/91.* Bad Honnef: Bock 1990, S. 42f.; 106 und 139

<sup>8</sup> Kau, W.; Alex, L., unter Mitarbeit von Schiemann, M.; Höcke, G.; Grützmacher, H.: *Qualifikationsbedarf im Handwerk. Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 117.* Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin/Bonn 1990

<sup>9</sup> Baur, R.; Wolff, H.; Wordelmann, P.: *Herausforderungen des europäischen Binnenmarktes für das Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland.* Bad Honnef: Bock 1991

<sup>10</sup> Manning, S.; Purgand, W.: *Berufliche Bildung in führenden Industriestaaten — aktuelle Entwicklung.* Bundesinstitut für Berufsbildung, *Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 5, Berlin/Bonn 1990*

<sup>11</sup> *Kurz-Nachrichten-Dienst Nr. 45 vom 18. Juni 1991*

<sup>12</sup> *Presse Info / Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Nr. 43 vom 7. 5. 1991, S. 1*

<sup>13</sup> Zielke, D.; Lemke, I. G., unter Mitarbeit von Popp, J.: *Außerbetriebliche Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher. Anspruch und Realität.* Bundesinstitut für Berufsbildung, *Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 94.* Berlin 1989

<sup>14</sup> Dauenhauer, E.: *Die Fachfertiger Ausbildung. Ein Berufsangebot für nichtbehinderte Jugendliche in benachteiligten Positionen.* DIHT, Bonn 1985

<sup>15</sup> *Welt, Nr. 303 vom 29. 12. 1990, Berufs Welt Nr. 52*

<sup>16</sup> *DGB-Bildungswerk Hessen e. V. (Hrsg.): Gründe für eine neue Bildungspolitik. Von der Defensive zur Offensive — Einladung zur Diskussion.* Frankfurt am Main, o. J., S. 8

<sup>17</sup> *Wirtschaft Siegen-Olpe-Wittgenstein, 70. Jg. (1991), Heft 6, S. 402—403*

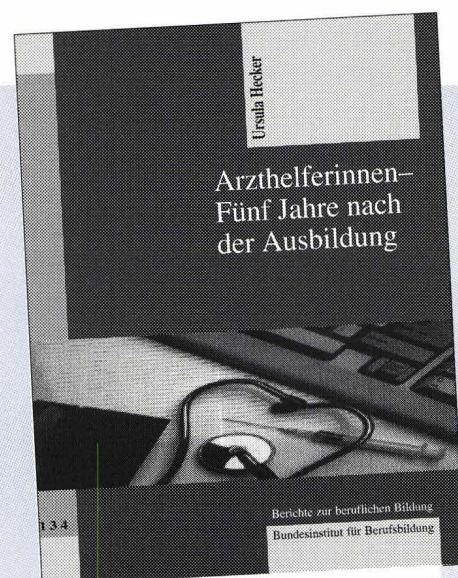
<sup>18</sup> Schaumann, F.: *Die Zukunft des dualen Systems.* In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 20. Jg. (1991), Heft 1, S. 2*

<sup>19</sup> Raddatz, R.: *Nach zwanzig Jahren ein neues Berufsbildungsgesetz? In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 38. Jg. (1990), Heft 4, S. 344*

<sup>20</sup> *Ebenda, S. 345*

<sup>21</sup> *Die berufsbildende Schule, 43. Jg. (1991), Heft 1, S. 47—49*

<sup>22</sup> *Frankfurter Rundschau, Nr. 44 vom 21. 2. 1991*



Ursula Hecker

### ARZTHELFERINNEN - FÜNF JAHRE NACH DER AUSBILDUNG

BERICHTE ZUR BERUFLICHEN BILDUNG, HEFT 134,  
Berlin 1991, 67 Seiten, 12,- DM  
ISBN 3-88555-454-2

Sie erhalten diese Veröffentlichung beim  
Bundesinstitut für Berufsbildung  
Referat Veröffentlichungswesen  
Fehrbelliner Platz 3  
1000 Berlin 31  
Telefon 86 83-5 20/5 16  
Telefax 86 83-4 55

Wie Arzthelferinnen selbst ihre Arbeitssituation in den ersten Berufsjahren beurteilen, steht im Mittelpunkt dieses Forschungsberichts, dem eine mehrjährige Studie über den Übergang von der Ausbildung in den Beruf zugrunde liegt. Es geht um die aktuelle Arbeitssituation, um Einkommen und Arbeitsbedingungen, um Berufseinstellungen und Perspektiven im Arzthelferinnenberuf.